

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD



» NEUSTART BEI DER ASF NÜRNBERG

» MEDAILLE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS
Verleihung der Karl-Bröger-Medaille

» AUS DEM BUNDESTAG
Feministische Digitalisierung

» JUSOS IN DEN LANDTAG



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

der von Putin befohlene Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine dauert an. Millionen Menschen leiden darunter. Die SPD verurteilt den Krieg und die Kriegsverbrechen. Wir stehen an der Seite der Ukrainer*innen und unterstützen sie dabei, sich zu verteidigen.

Dieser Tage bin ich heilfroh, dass wir einen Kanzler haben, der ohne große Show, sondern mit Sachverstand die Zeitenwende vollzieht. Während Teile der Opposition, der Grünen und auch der FDP sich in der Debatte über Waffenlieferungen einen Überbietungswettbewerb leisten, behält Olaf Scholz einen kühlen Kopf. Das ist gut so, denn es steht sehr viel auf dem Spiel.

Viel auf dem Spiel steht auch im Kampf gegen die inneren Feinde der Demokratie. Es freut mich sehr, dass die Karl-Bröger-Medaille dieses Jahr an eine Initiative und eine Person verliehen wurde, die sich gegen Terrorismus und Extremismus von Rechts einsetzen. Das ist ein starkes Zeichen der Karl-Bröger-Gesellschaft. Mehr dazu und zu vielen weiteren interessanten Themen findet ihr in dieser Ausgabe des springenden Punktes.

Euer

Nasser Ahmed



IM INTERVIEW: MARTIN BURKERT

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER EVG

Anfang 2020 hast du dein Bundestagsmandat aufgegeben, um dich ganz deinem Amt als stellvertretender Vorsitzender der EVG zu widmen. Erzähl unseren Genoss*innen doch kurz, was du dort nun machst und wie dein Alltag dort so aussieht.

An den Wochenenden habe ich nicht mehr ganz so viele Termine wie früher als Bundestagsabgeordneter, ansonsten ist mein Kalender aber nach wie vor sehr gut gefüllt. Das liegt insbesondere daran, dass ich innerhalb der EVG einige wichtige Bereiche verantworte: Verkehrs- und Sozialpolitik sowie die Arbeit mit und für unsere Personengruppen Jugend, Frauen und Senior*innen. Darüber

hinaus gehört auch die internationale Arbeit der EVG zu meinem Aufgabenbereich. So bin ich zum Beispiel Vorstandsmitglied bei der Europäischen Transportarbeiter*innen-Föderation (ETF). Zudem bin ich seit Ende 2020 Vorsitzender der Allianz pro Schiene, was eine sehr spannende Aufgabe ist, aber natürlich ebenfalls viel Zeit in Anspruch nimmt.

Wie unterscheidet sich deine Arbeit als Bundestagsabgeordneter von deinen Tätigkeiten bei der EVG?

Der politische Teil meiner Arbeit als stellvertretender EVG-Vorsitzender ist durchaus vergleichbar mit der im Bundestag: Nach wie »



Fotos: Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

vor konzentriere ich mich auf Schienen- und Sozialpolitik und führe viele Gespräche mit Ministerpräsident*innen, Minister*innen auf Bundes- und Länderebene und wenn es notwendig ist sogar mit dem Bundeskanzler. Vergleichbar ist auch der Fokus auf die Menschen vor Ort – früher waren das die Wähler*innen, heute sind es die Mitglieder unserer Gewerkschaft. Ihre Zahl ist allein im vergangenen Jahr um knapp 15.000 gewachsen, was für meine Kolleg*innen und mich ein großer Vertrauensbeweis für unsere Arbeit ist. Gleichzeitig geht damit aber auch eine große Verantwortung einher: So vertrete ich die Interessen unserer Mitglieder zum Beispiel in verschiedenen Aufsichtsräten der Deutschen Bahn AG und bei den Sozialpartnern.

Gibt es etwas, das du an deiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter vermisst?

Auch wenn Verkehrs- und Sozialpolitik weiterhin für mich im Fokus stehen, so vermisse ich gelegentlich schon die Vielfalt der anderen Themen, mit denen wir uns in der SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt haben. Auch die Schulkinowoche, die ich regelmäßig in Nürnberg veranstaltet habe, und die zahlrei-

chen Schulbesuche waren schöne Aktivitäten im Wahlkreis, zumal mir der Austausch mit Kindern und Jugendlichen nach wie vor ein besonderes Anliegen ist. Schön ist, dass ich weiterhin mit vielen meiner ehemaligen Bundestagskolleg*innen in regelmäßigem Austausch stehe.

Der 1. Mai steht bevor. Was bedeutet dieser Tag für dich?

Der 1. Mai ist als Tag der Arbeit natürlich ein ganz besonderer Feiertag für uns Gewerkschafter*innen. Nach zwei Jahren Pandemie, in denen wir den 1. Mai nur eingeschränkt begehen konnten, können wir unsere Themen endlich wieder vielerorts auf die Straße und damit in die Öffentlichkeit bringen. Wir werden uns dabei natürlich auf gewerkschaftliche Kernanliegen wie Solidarität und Gute Arbeit konzentrieren, aber auch Demokratie und Frieden sind unumstößliche Grundziele der Gewerkschaftsbewegung – deshalb werden wir in diesem Jahr natürlich besonders laut für einen Frieden in der Ukraine eintreten.

Am 30. April findet die Jahreshauptversammlung der SPD Nürnberg statt. Wir freu-

en uns sehr darüber, dich als unseren Gastredner dabei haben zu dürfen. Kannst du uns sagen, worum es in deiner Rede geht?

Auch ich freue mich schon sehr auf die Jahreshauptversammlung und darauf, viele Genoss*innen zu treffen. In meiner Rede werde ich die vielen gewerkschaftspolitischen Themen aufgreifen, die die Bundestagswahl und die anschließenden Koalitionsverhandlungen mit geprägt haben. Vorhaben und Ergebnisse wie beispielsweise die Erhöhung des Mindestlohns sind dabei positiv hervorzuheben, es gibt aber durchaus auch die eine oder andere kritische Anmerkung. In Bezug auf den Schienenbereich ist im Koalitionsvertrag zum Beispiel von einer „gemeinwohlorientierten Infrastruktursparte“ die Rede, in der die Infrastruktureinheiten der Deutschen Bahn AG innerhalb des Konzerns zusammengelegt werden sollen. Das wirft bei uns in der EVG viele Fragen auf. Grundsätzlich freuen wir uns aber natürlich darüber, dass die Zerschlagung der Deutschen Bahn verhindert werden konnte – eine Entscheidung, an der die SPD großen Anteil hatte.

Und natürlich werde ich bei der JHV auch über Nürnberger Bahnthemen sprechen, die Ansiedlung eines neuen ICE-Werkes, den Ausbau der Gräfenbergbahn und über eine neue Universität, der auch ein Schienentechnik-Lehrstuhl gut stehen würde.

Lass uns doch kurz in die Zukunft blicken: Was steht bei dir in diesem Jahr noch so an? Hast du bestimmte Ziele oder Wünsche für dieses Jahr?

Wie viele andere Menschen wünsche auch ich mir derzeit vor allem ein friedliches Ende des Krieges gegen die Ukraine. Es ist fürchterlich, dass es bei uns in Europa wieder Gewalt, auseinandergerissene Familien, Flucht und Vertreibung gibt. Darüber hinaus hoffe ich, dass wir die Pandemie bald hinter uns lassen können.

Im gewerkschaftlichen Jahr 2022 stehen noch einige Meilensteine bevor, angefangen mit den Betriebsratswahlen in den kommenden Wochen. Hier wünsche ich mir ein starkes Abschneiden der DGB-Gewerkschaften. Im Oktober findet dann unser EVG-Gewerkschaftstag statt, bei dem auch der Vorstand neu gewählt wird. Ich werde mich für das Amt des Vorsitzenden zur Wahl stellen und hoffe sehr, dass die Delegierten mir ihr Vertrauen schenken und ich Verantwortung an der Spitze der EVG übernehmen darf. Für die Zukunft wünsche ich natürlich auch unserer Partei weiterhin viel Erfolg, vor allem bei der Landtagswahl im kommenden Jahr.

EIN NACHRUF AUF UNSEREN REINER WAGNER



von KERSTIN GARDILL

Mit Nachrufen verhält es sich ähnlich wie mit Trauerreden: Es ist eine große Ehre, sie schreiben oder halten zu dürfen. Zugleich ist es aber eine schier unerfüllbare Aufgabe. Wie soll man es schaffen, mit wenigen Worten einem Menschen und seinem Leben gerecht zu werden. Ich habe nun die große Ehre, im Namen der Nürnberger SPD einen Nachruf auf unseren Genossen und Freund Reiner Wagner zu schreiben und werde versuchen, ihm und seinem Lebenswerk gerecht zu werden. Unser Reiner wurde ganz plötzlich aus unserer Mitte gerissen. Wenn auch schon im hohen Alter, so kam sein Tod doch sehr unerwartet. Ich habe oft zu ihm gesagt: „Reiner, Du bist fitter als ich“, und ich glaube, so haben viele von uns gedacht. Reiner sprühte immer vor Energie und Tatendrang und war dabei zu jeder Zeit freundlich, zugewandt und hilfsbereit. Seit seiner frühesten Jugend engagierte er sich ehrenamtlich für die Sozialdemokratie. Dabei ging es ihm nie darum, bestimmte Ämter oder Positionen anzustreben, sondern es ging ihm ausschließlich um die Sache. Politisches Schaulaufen war ihm grundsätzlich fremd.

Wir alle wissen, dass es ihm besonders wichtig war, die Erinnerung an die verfolgten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufrecht zu erhalten. Das tat er mit Herzblut und seine Arbeit kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Als Vorsitzender des Arbeitskreises ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten organisierte er nicht nur das Sitzungsgeschehen, sondern auch zahlreiche Fahrten an unterschiedliche Erinnerungs- und Gedenkorte. Er baute eine Datenbank auf, die das Schicksal der Verfolgten historisch belegt, zusammenführte und sammelte. Er hielt viele Vorträge zum Thema, und die Arbeit mit Schulklassen lag ihm dabei besonders am Herzen. Darüber hinaus war er das „personalisierte Gedächtnis“ unserer SPD Nürnberg. Kaum jemand kannte sich so gut aus in der Geschichte unserer Partei. Auch ich hätte meine Geschichtsarbeit ohne seinen Rat, seine Unterstützung und sein großes Wissen nicht so leisten können, wie ich es mit seiner Hilfe schließlich konnte. So nahm er sich zum Beispiel stundenlang Zeit, um mit mir historische Fotoaufnahmen zu sichten und einzuordnen und hatte

für meine Fragen immer ein offenes Ohr. Lieber Reiner, ich bin mir sicher, ich spreche für uns alle, wenn ich sage, wir werden Dich nie vergessen und Du wirst immer sehr fehlen. Die Lücke, die Du hinterlässt, wird sich nicht schließen lassen können. Und das nicht nur wegen Deiner Expertise und Deines Engagements, sondern vor allem wegen Dir als Mensch. Gemeinsam mit meinem Vorstandskollegen, Rüdiger Löster, werde ich in einer Doppelspitze versuchen, Deine Arbeit als Vorsitzende des Arbeitskreises der Verfolgten in Deinem Sinne fortzusetzen. Lieber Reiner, wir denken in diesen Tagen vor allem an Deine Frau Hilde, an Deine beiden Kinder und Deine Schwester und wünschen Ihnen viel Kraft in diesen schweren Stunden. Wir danken Dir von Herzen für alles was Du für uns getan hast.

Ruhe in Frieden.



NEUSTART BEI DER ASF NÜRNBERG

v.l.n.r. Margaret Jankowsky (stellvertretende Vorsitzende), Lina Metzger (Beisitzerin), Canan Candemir (Vorsitzende), Tasja Pröbß (stellvertretende Vorsitzende), Jenny Baier (Beisitzerin)

In Liebe Genossinnen und Genossen,

die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) der SPD Nürnberg hat seit Mitte März einen neuen Vorstand. Wir, das sind Canan, Margaret, Tasja, Jenny und Lina.

Wir wollen, dass die ASF eine aktive Arbeitsgemeinschaft ist, ein Mitmach-Ort, in der jede Genossin ihre eigenen Ideen einbringen und umsetzen kann. Wir wollen unsere Frauen, egal ob jung oder alt, ob neu in der Partei oder schon lange dabei, bei ihren Anliegen, Vorhaben und Ambitionen unterstützen und ihnen beratend zur Seite stehen. Wir finden, dass es sich für Euch lohnen muss, Politik zu machen, und zwar sowohl inhaltlich als auch persönlich. Inhaltlich muss sich etwas bewegen und persönlich muss man Freude an der Mitarbeit haben.

Wir haben deshalb am 4. April 2022 in unserer Vorstellungs-E-Mail an alle Genossinnen in der SPD Nürnberg dazu aufgerufen, uns folgende Fragen zu beantworten:

> Was ist für Euch persönlich das wichtigste gleichstellungspolitische Thema?

> Was sind Eure Erwartungen an die ASF Nürnberg?

Gerne möchten wir Euch berichten, welche Rückmeldungen wir bislang hierzu erhalten haben.

Das am häufigsten angesprochene Thema ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und das nicht nur von jungen Müttern, sondern auch von älteren Genossinnen, die bereits erwachsene Kinder haben, aber auch von Genossinnen, die nicht Mütter sind.

Uns haben junge Mütter von ihren Schwierigkeiten berichtet, einen passenden Kitaplatz zu finden: junge, gut ausgebildete Frauen, denen zu Hause die Decke auf den Kopf fällt, weil sie keinen Kitaplatz für ihr Kind finden

Kontakt:

Canan Candemir
Vorsitzende
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)
SPD Nürnberg
Karl-Bröger-Straße 9
90459 Nürnberg

E-Mail: asf@spd-nuernberg.de
Mobil: 0157-37521746

Homepage: www.asf.spd-nuernberg.de

und deshalb länger in der Elternzeit bleiben, als sie eigentlich gerne wollen.

Viele wünschen sich eine familienfreundlichere Welt, um nicht mehr das Gefühl zu haben, sie müssten ihre Kinder im Arbeitsalltag verstecken. Dass es sich häufig im Job so anfühlt, als würde man ständig Gefälligkeiten einfordern und Angst davor haben müssen, dass der Geduldsfaden der Vorgesetzten und Kolleg*innen irgendwann reißen wird. Es wird geschildert, dass ein familienfreundliches Arbeitsumfeld nicht die Regel oder der Standard ist. Dass kein Anspruch darauf besteht und es sich eher um ein wohlwollendes Entgegenkommen handelt.

Wir wurden darum gebeten, das Thema **Mutterschaft und strukturelle Ungleichheit** zu thematisieren und den Wert von Sorgearbeit zu diskutieren. Uns wurde in diesem Zusammenhang ein sehr spannendes Projekt vorgestellt, das wir gerne auch mit Euch teilen wollen: **Faces of Moms**. Es handelt sich hierbei um eine Plattform für Austausch und Solidarität, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Sorgearbeit und die Menschen dahinter sichtbar zu machen. Die Kampagne beschäftigt sich mit den „Herausforderungen, denen Mütter, alleinerziehende Mütter, pflegende Mütter, BiPoC Mütter (Abkürzung für Black, Indigenous, People of Color, es handelt sich bei dem Begriff BiPoC um einen positiv besetzte, politische Selbstbezeichnung rassistisch diskriminierter Personen), nicht binäre und trans Eltern heute gegenüberstehen“ (vgl. www.facesofmoms.de).

Klar kann man das Problem „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ mit dem Argument „Augen auf bei der Partner*innenwahl“ einfach wegwischen und es als individuelles Problem abtun, aber das ist zu einfach gedacht. Es handelt sich hierbei um ein strukturelles gesellschaftliches Problem. Deshalb muss der Staat Eltern dabei unterstützen, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter untereinander aufzuteilen und auch Unternehmen in die Pflicht nehmen. Und wir als Partei haben hierbei die Aufgabe, Ideen zu entwickeln, Vorschläge zu machen, Impulse zu geben, wie er das am besten tun kann. Wir müssen die Arbeitswelt so gestalten, dass Frauen und Männer, Mütter und Väter gleichermaßen im Job erfolgreich sein können und die Chance auf eine erfüllende Freizeit und ein faires Familienleben haben.

Ein Teil der Lösung könnte die Kürzung der Regelarbeitszeit für alle sein, indem eine 4-Tage-Woche/ 32-Stunden-Woche eingeführt wird. Dies würde im Übrigen nicht nur Eltern/ Familien zugutekommen, sondern allen Erwerbstätigen. Eine weitere Möglichkeit ist die Einführung einer pari-

tätisch aufgeteilten Elternzeit. Im Jahr 2020 war beispielsweise nur jeder vierte Elterngeldbeziehende männlich. Auch die genommene Elternzeit fiel deutlich kürzer aus als bei Müttern. So planten Mütter 2020 einen Elterngeldbezug von durchschnittlich 14,5 Monaten, während Männer dagegen nur mit 3,7 Monaten planten (vgl. Statista, Anteil der Väter in Deutschland, die Elterngeld beziehen) In diesem Zusammenhang hört man von betroffenen Familien häufig, dass es sich die Familie schlicht nicht finanziell leisten kann, wenn der Mann eine längere Elternzeit nimmt, da sein Einkommen deutlich höher ist, als das der Frau. Hierfür braucht es eine finanzielle Lösung.

Weitere häufig genannte Themen waren **„Alltagssexismus“** (nicht nur im privaten Umfeld, sondern auch im Beruf), die **„Stärkung von Mädchen im Bildungssystem“**, die **„Einführung eines Mentoringprogramms von Frauen für Frauen in Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2026“**, **„Parität bei politischen Ämtern“**, **„Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“**, die **„Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt“**, die **„Bessere Ausrichtung des Gesundheits- und Medizinwesens an Mädchen und Frauen“** sowie das enorm wichtige Thema **„Belange von Frauen im Alter“** (insb. Altersarmut). Auch mit all diesen Themen werden wir uns angemessen auseinandersetzen.

Wir erarbeiten gerade eine Strategie für die ASF Nürnberg: Welche Themen wollen wir inhaltlich diskutieren und voranbringen, wie motivieren wir Frauen zur aktiven Mitarbeit, welche Rahmenbedingungen brauchen wir, dass sich Frauen in unserer Partei öfter für politische Mandate bewerben, welche Veranstaltungsformate wählen wir hierbei (z. B. Lunch & Learn, After-Work, Coaching-Workshops, Barcamps etc.), wie schaffen wir es, inklusiv und kinderfreundlich zu sein, damit möglichst alle Frauen teilnehmen können, welchen Social-Media-Plan verfolgen wir und vieles mehr. Und dabei helfen uns Eure Rückmeldungen, die wir als Arbeitsauftrag an uns verstehen.

Schickt uns also gerne **weitere Rückmeldungen** zu den oben genannten Fragen. Diese Bitte richtet sich auch an Euch, liebe Genossen. **Feminismus ist auch Männersache**. Wir kämpfen nicht nur allein, sondern gemeinsam für eine gleichberechtigte Gesellschaft!

Wir werden uns für die Erarbeitung dieser grundlegenden Konzepte Zeit nehmen. Wir halten Euch aber natürlich weiterhin auf dem Laufenden und freuen uns, wenn viele von Euch Lust haben, in der ASF mitzumachen.

Auf der **Friedenstafel am 15. Mai 2022 am Kornmarkt** wird es einen **ASF-Tisch** geben. Kommt gerne vorbei. Wir freuen uns darauf, ganz viele von Euch kennenzulernen.

Erlaubt uns noch einen letzten **organisatorischen Hinweis**:

Bei Versendung unserer E-Mail haben wir festgestellt, dass wir von insgesamt 771 Frauen in der SPD Nürnberg nur von 438 Frauen eine E-Mail-Adresse haben und deshalb nicht alle Genossinnen per E-Mail erreichen. Wir werden deshalb über unsere Arbeit regelmäßig im Springenden Punkt berichten. Falls Ihr Eure E-Mail-Adresse bislang nicht angegeben habt, könnt Ihr das natürlich gerne noch nachholen. Schreibt hierfür entweder uns eine E-Mail an asf@spd-nuernberg.de oder an das Unterbezirksbüro nuernberg@spd.de.

Falls Ihr über keine E-Mail-Adresse verfügt, erreicht ihr uns aber natürlich trotzdem, entweder telefonisch oder postalisch. Unsere Kontaktdaten findet ihr im Infokasten.

Wir bitten um Verständnis, das aus Kostengründen ein postalischer Versand von Mitgliederbriefen an alle Frauen nur in Einzelfällen möglich ist.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektorat: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



MEDAILLE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

VERLEIHUNG DER KARL-BRÖGER-MEDAILLE



Unsere wunderbaren Preisträgerinnen Birgit Mair (zweite von links) und Alev Bahadır (zweite von rechts) vom Straßenfest gegen Rassismus. Hier üben wir noch die Medaillenübergabe für die Presse. Mit dabei Lilo Seibel-Emmerling und ihr Mann, der Künstler und Medaillen-Erschaffer Alfred Emmerling (ganz rechts). Mit ihnen freut sich Medaillen-Initiator Michael Ziegler (ganz links). Fotografin Khrystyna Jalowa.

von der KARL-BRÖGER-GESELLSCHAFT

Endlich wieder ein voller Saal im Karl-Bröger-Zentrum. Dem Abend hatten wir den Titel „Im Kampf gegen den Rechtsextremismus“ gegeben. Wir ehrten als Einzelpersonlichkeit Birgit Mair, die unermüdlich gegen die „Braune Soße“ kämpft und wir ehren das unglaublich wichtige Fest gegen Rassismus, welches die wichtigen Akteure für ein lebenswertes und menschenfreundliches Nürnberg zusammenbringt.

Birgit Mair (Diplom-Sozialwirtin Univ.) ist Mitbegründerin des Nürnberger Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung e.V. (ISFBB), Co-Autorin der internationalen Studie zu NS-Zwangsarbeit „Hitlers Sklaven“ („Hitlers Slaves“), veröffentlichte mehrere Publikationen zu Holocaust-Überlebenden sowie extrem rechten Bewegungen. Sie konzipierte die bundesweit beachtete Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ und

führte mehr als dreihundert Zeitzeugengespräche mit Holocaust-Überlebenden. 2021 initiierte sie eine Spendenkampagne für das Buch- und Filmprojekt „Die letzten Zeugen“.

Das „Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung – Für ein besseres Zusammenleben“ findet seit 2015 getragen durch ein breites Bündnis statt. Gründe gibt es viele für dieses Fest. Die Tötung von neun Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, einer Polizistin und unzählige andere Straftaten, wie ein Bombenanschlag in Köln durch die NSU-Zelle und die Entwicklungen während des Gerichtsverfahrens zeigten, wie allgegenwärtig der Rassismus ist. Auch in Nürnberg gibt es seit Jahren zahlreiche rassistisch motivierte Demonstrationen und ebenso viele rassistisch motivierte Straftaten. Die Straßenfeste (seit 2015 gibt es sie) konnten ein wichtiges Zeichen für ein besseres Zusammenleben der Menschen verschiedener Herkunft in Nürnberg setzen.

Musikalisch wurde der Abend von Shabnam Zamani, Shayan Javadi und Eilin Herrmann begleitet. Die drei Künstler*innen spielten traditionelle persische Musik mit Gesang, Tar, Cello, Kamānce und Tonbak.

Der Laudator für Birgit Mair war Rüdiger Löster, der Sprecher des Arbeitskreises gegen Rechts der SPD Nürnberg. Und die Laudatorin für das Straßenfest gegen Rassismus war Anna Heinze-Lahcalar vom Arbeitskreis Antifaschismus/Antirassismus, ver.di Mittelfranken (AK Antifa/Antira). In Vertretung für Michael Ziegler, der coronabedingt verhindert war, konnte Nürnbergs SPD-Vorsitzender Nasser Ahmed die Medaillen übergeben. Moderiert wurde der Abend kongenial vom stellvertretenden Vorsitzenden der Karl-Bröger-Gesellschaft Uli Glaser. Danken möchten wir dem Karl-Bröger-Zentrum und der Wohnungsbaugesellschaft mbH Ideal, die uns bei der Verleihung unterstützt haben.

EIN GROSSER GEWINN FÜR DIE NÜRNBERGER SPD

Es wächst zusammen, was zusammengehört: Ina Schönwetter-Cramer, Vorständin der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt ist in die SPD eingetreten. Wir freuen uns sehr darüber! Schönwetter-Cramer war seit 2014 Leiterin des Käte-Reichert-Heims und ist seit

vergangenem Jahr Vorständin der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt. Gemeinsam mit ihrem Vorstandskollegen Michael Schobelt steht sie an der Spitze des Wohlfahrtsvereins. Herzlich willkommen in der Nürnberger SPD, liebe Ina!



von GABRIELA HEINRICH, MdB

In der Digitalbranche sind nur 16 Prozent der Beschäftigten Frauen. Das ist zu wenig, und das hat viele Nachteile. Im Koalitionsvertrag haben wir ganz viel zur Digitalisierung vereinbart. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass deren Ausgestaltung gleichberechtigter und feministischer wird.

Wir haben vor ein paar Wochen im Bundestag den dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung debattiert. Dieser hat den Titel „Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten“, benennt ganz klar Mängel und gibt wichtige Handlungsempfehlungen.

Aktuell ist die IT-Branche männerdominiert

In der Informatikbranche arbeiten nur 16 Prozent Frauen. Sie verdienen dort sieben Prozent weniger als Männer. Fünfmal mehr Männer als Frauen sind Führungskräfte in IT-Unternehmen. Familie und Beruf lassen sich in der IT-Branche schlechter vereinen als in anderen Bereichen. Und wenn doch einmal eine Frau in einem IT-Unternehmen arbeitet, bleibt sie statistisch gesehen kürzer dort als ein Mann. Auch hinsichtlich der Gründungen sprechen die Zahlen im Bericht eine deutliche Sprache: 15,7 Prozent der Start-ups werden von Frauen gegründet. Nur 5 Prozent der Gründungen in der Hightech-Branche erfolgen von Frauen. Risikokapital erhalten zu 17 Prozent Mannerteams, zu 5 Prozent Frauentteams.

Was hat das für Folgen?

Die Informatik ist längst eine Wissenschaft geworden, die in fast alle Lebensbereiche hineinwirkt. Wenn Frauen hier unterrepräsentiert sind, fließt ihre Erfahrungswelt nicht in die IT-Produkte mit ein. Man weiß schon länger, dass sich Software-Entwicklerinnen und -Entwickler vor allem an ihren eigenen Bedarfen orientieren. Wenn zu wenige Frauen Software entwickeln, werden die Produkte möglicherweise an den Bedarfen von Frauen vorbeientwickelt. In einer Gesundheits-App kann das gravierende Folgen haben.

Wenn Systeme mit künstlicher Intelligenz (KI) Entscheidungen treffen, kann sich das Problem der Benachteiligung von Frauen potenzieren. Denn wenn die Algorithmen die strukturelle Diskriminierung einmal gelernt haben, wird auch diese fortgeschrieben. Das wurde schon beobachtet zum Beispiel in Bewerbungs-Management-Systemen oder bei der Kreditvergabe. Der Algorithmus hatte aufgrund bestehender Benachteiligungen gelernt, Frauen auch weiter zu benachteiligen. Ein Unding!

Und nicht zu vergessen ist die „digitale Gewalt“, der Frauen und Mädchen im Internet



FEMINISTISCHE DIGITALISIERUNG

ausgesetzt sind. Frauen erleben Einschüchterung, Hass, Drohungen. Die Organisation HateAid finanziert unter anderem Prozesskosten für Opfer von digitaler Gewalt. Zu drei Vierteln nahmen Frauen diese Hilfe in Anspruch. Frauen ziehen sich nach digitaler Gewalt oft aus dem Internet oder aus sonstigem Engagement zurück (Ehrenamt, Kommunalpolitik usw.).

Was müssen wir jetzt tun? (Auswahl!)

Ein Ziel muss es sein, den Anteil von Frauen in der Digitalwirtschaft zu erhöhen. Der Bericht nennt insbesondere auch die Führungsebenen bei Firmen und die Anzahl der Gründerinnen. Die SPD hat in den letzten Jahren viele MINT-Förderprogramme für Frauen und Mädchen eingerichtet (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik). Diese Programme müssen wir entlang der gesamten Bildungskette fortsetzen und ausbauen. Das heißt auch, dass wir die Mädchen schon früh zum Beispiel an Computer und Technik heranführen – noch bevor sich alt hergebrachte Stereotypen bilden, dass das alles Jungssache ist.

Die Politik muss noch mehr daran arbeiten, Frauen den gleichberechtigten Zugang zu Gründungskapital zu gewährleisten wie Männern. Die entsprechenden Fördermaßnahmen stehen natürlich jetzt schon auch Bewerberinnen offen. Dennoch bekommen in der Realität mehr Männer Zuschüsse als Frauen. Die Bundesregierung muss jetzt prüfen, wel-

che Maßnahmen hier noch mehr Geschlechtergerechtigkeit ermöglichen.

Alles das hilft nichts, so lange Frauen im Internet Hass und Hetze ausgesetzt sind. Um die digitale Gewalt weniger werden zu lassen, brauchen wir viele Maßnahmen. Es gibt bereits viele Programme, Projekte und Beratungsangebote. Diese müssen wir ausbauen und Beraterinnen und Berater müssen noch besser geschult werden. Der Bericht empfiehlt der Bundesregierung, Menschen noch besser zu unterstützen, die von geschlechtsbezogener digitaler Gewalt betroffen sind – etwa mit einer unabhängigen Stelle, die gemeinsam mit der betroffenen Person, mit Behörden und Firmen notwendige Schritte einleitet.

Mein Fazit

Aus alledem nehme ich vor allem zwei Aspekte mit: Erstens muss die Digitalisierung von Männern und von Frauen vorgebracht werden. Nur so lässt sich diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe überhaupt stemmen. Und das Digitale spiegelt aktuell auch ganz banal die Verhältnisse unserer Gesellschaft wider. Wir müssen daher zweitens dafür sorgen, dass die digitale Welt nicht geschlechtsspezifische Ungerechtigkeit fortsetzt oder verfestigt, die es in der analogen Welt sowieso schon gibt. Im besten Falle kann die Digitalisierung auch helfen, für mehr Gleichberechtigung zu sorgen. Aber dafür müssen wir sie gestalten!

KEIN SCHLUSSTRICH –

DER 2. NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS IM
BAYERISCHEN LANDTAG WIRD VORAUSSICHTLICH
IM MAI INGESETZT



von ARIF TAŞDELEN, MdB

Die rechtsextremistische Terrorgruppe NSU startete seine Anschlagsserie im Juni 1999 mit einem Sprengstoffanschlag auf die Gaststätte „Sonnenschein“ in der Scheurlstraße in Nürnberg. Danach folgten weitere schreckliche Morde. Das erste Todesopfer war Enver Şimşek, der 38-jährige türkische Blumenhändler, der im September 2000 an seinem mobilen Blumenstand in Langwasser kaltblütig ermordet wurde. Ein ganzes Jahrzehnt lang verübten die NSU-Terrorist*innen über 40 Mordversuche, drei Bombenattentate, mindestens 15 Raubüberfälle und ermordete insgesamt zehn Menschen - davon nirgendwo so viele wie in Nürnberg.

Bis heute sind trotz des langen Gerichtsprozesses noch immer nicht alle Hintergründe der Verbrechen aufgearbeitet. Selbst zehn Jahre nach der Enttarnung des NSU und drei Jahre nach dem Ende des NSU-Prozesses vor dem Münchener Oberlandesgericht sind wir von einer vollständigen Aufklärung der Taten immer noch weit entfernt.

Auch der NSU-Untersuchungsausschuss von 2012-2013 kam zu dem Ergebnis, dass noch viele Fragen ungeklärt sind und uns somit ins Stammbuch geschrieben, dass ein zweiter NSU-Untersuchungsausschuss

folgen muss. Der Nürnberger Stadtrat hat im letzten Jahr in einer Resolution ebenso einen zweiten NSU-Untersuchungsausschuss gefordert.

Deshalb haben wir gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen zweiten Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag initiiert. Wir wollen dabei offene Fragen und mögliche Fehler der Sicherheits- und Justizbehörden sowie der zuständigen Ministerien und politischen Entscheidungsträger*innen im Umgang mit der Mord- und Anschlagsserie aufklären. Im Abschlussbericht des ersten NSU-Untersuchungsausschusses 2013 haben wir als SPD-Fraktion, zusammen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einem Sondervotum darauf hingewiesen, dass aufgrund der beschränkten Zeit und zahlreicher neuer Erkenntnisse, viele Fragen offen bleiben mussten und es sich deshalb bei dem vorliegenden Bericht lediglich um einen „Zwischenbericht“ handeln könne.

Der Untersuchungsausschuss wird voraussichtlich im Mai dieses Jahres mit Beschluss des Bayerischen Landtags eingesetzt. Mit einstimmigem Beschluss werde ich unsere SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss vertreten. Wir wollen unter anderem die Netzwerke des NSU in Bayern, die Rolle und

das Wissen von V-Leuten, mögliche Verbindungen zwischen aktuell agierenden Personen und dem NSU, sowie den Umgang der ermittelnden Behörden mit den Familien und Angehörigen der Mordopfer untersuchen. Für mich steht auch die Frage im Mittelpunkt, ob die schrecklichen Morde hätten verhindert werden können, wenn die Sicherheitsbehörden nach dem Rohrbombenattentat 1999 in Nürnberg in die richtige Richtung ermittelt hätten. Dieses Attentat wurde nämlich erst 2013 dem NSU zugeschrieben.

Neben der Aufklärung ist der Untersuchungsausschuss aber auch wichtig, um Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Die Erkenntnisse können uns dabei helfen, die größte Bedrohung für unser Land, nämlich den Rechtsextremismus, effektiv zu bekämpfen.

Der zweite Untersuchungsausschuss ist aber vor allem für unsere Heimatstadt von großer Bedeutung: Nürnberg war zentraler Tatort des NSU in Deutschland und hat enorm unter dem NSU-Terror gelitten. Hier wurden Anschläge ausgeübt und drei unschuldige Menschen ermordet. Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru und İsmail Yaşar. Wir sind es Ihnen, ihren Familien und allen Nürnbergerinnen und Nürnbergern schuldig, alles zu tun, um Licht ins Dunkle zu bringen!

von STEFAN SCHUSTER, MdB

Staatsregierung stoppt Video-Übertragung aus den Landtags-Ausschüssen

Mit Beginn der Corona-Pandemie und den Besuchsbeschränkungen im Landtag, wurden die Ausschüsse live auf YouTube übertragen. Die Regierungsfractionen CSU und Freie Wähler wollen diese Praxis nun beenden. Doch ist auch abseits der Pandemie eine Videoübertragung aus den Ausschüssen ein Gewinn für unsere Demokratie. In den Ausschüssen werden Gesetzentwürfe und Anträge ausführlich diskutiert, es finden Expert*innenanhörungen statt und die Petitionen einzelner Bürger*innen werden bearbeitet. Die Videoübertragung schafft für alle Bürger*innen Bayerns die Möglichkeit demokratische Prozesse transparent verfolgen zu können. Man sollte dafür nicht extra in den Landtag nach München fahren müssen. Die SPD fordert daher gemeinsam mit den Abgeordneten der Grünen und der FDP, dass die Ausschüsse auch zukünftig live übertragen werden. Unklar ist, warum CSU und Freie Wähler ihren undemokratischen Beschluss durchdrücken.

Der G7-Gipfel und das PAG

Undemokratisch und zugleich auch noch verfassungswidrig ist die geplante Zuverlässigkeitsprüfung aus dem neuen Polizeiaufgabengesetz (PAG), die beim G7-Gipfel im bayerischen Elmau angewendet werden soll. Aber was bedeutet das genau?

Durch das geänderte PAG wird die bayerische Polizei ermächtigt bei Veranstaltungen, wie dem G7-Gipfel im Juni 2022 in Elmau, sämtliche Personen einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen, die sich in der Nähe des Veranstaltungsgeländes aufhalten wollen. Das betrifft zum Beispiel Mitarbeitende von Cateringfirmen, Journalist*innen und auch Anwohner*innen. Wie genau diese Sicherheitsüberprüfung abläuft, welche Daten erhoben werden und was mit den Daten nach der Erhebung geschieht, ist unklar. Genau deswegen hält die SPD-Landtagsfraktion die Regelung für verfassungswidrig und spricht sich ganz klar gegen diese Praxis aus. Weiterhin ist die Regelung über die Zuverlässigkeitsüberprüfung ein Hauptaspekt unserer Klage gegen das PAG vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof.

Zweiter NSU-Untersuchungsausschuss in Bayern

Die Fraktionen von SPD und der Grünen im Bayerischen Landtag haben einen interfraktionellen Antrag zur Einsetzung eines zweiten Untersuchungsausschusses zur weiteren Auf-



KURZBERICHTE AUS DEM LANDTAG

klärung der Morde und Sprengstoffanschläge des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Bayern eingereicht. Ziel des Untersuchungsausschusses ist die Klärung offener Fragen und möglicher Fehler der bayerischen Sicherheits- und Justizbehörden, sowie der zuständigen Ministerien und politischen Entscheidungsträger*innen im Umgang mit der Mord- und Anschlagsserie des NSU.

Bayern war der wichtigste und zentrale Tatort des NSU in Deutschland: * hier startete der NSU seine Anschlagsserie im Juni 1999 mit einem Sprengstoffanschlag auf die Gaststätte „Sonnenschein“ in Nürnberg * hier ermordete der NSU fünf Menschen: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Habil Kılıç, İsmail Yaşar und Theodor Boulgarides * hier hat der NSU mehrere hundert mögliche Tatorte teils akribisch ausgespäht * hier war auch der Standort der zentralen polizeilichen Sondereinheiten zur Aufklärung der Mordserie, der „Soko Halbmond“ und der „BAO Bosphorus“ * hier wurden die Ermittlungen der Sicherheitsbehörden gezielt in Richtung familiäres Umfeld und Organisierte Kriminalität gelenkt. Der Untersuchungsausschuss wird in den kommenden Wochen seine Arbeit aufnehmen.

Ehemalige „Verschickungskinder“ bekommen feste Anlauf- und Beratungsstelle

Erfolg für die SPD im Sozialausschuss. In einer Sitzung des Sozialausschusses wurde die Fortführung der Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder beschlossen, an die sich zukünftig auch ehemalige Verschickungskinder wenden können. Bereits 2020 hat die SPD im Landtag einen Antrag gestellt, um eine sol-

che Anlaufstelle einzurichten. Bis heute haben sich CSU und Freie Wähler dagegen gewehrt, echte Unterstützung für die ehemaligen Verschickungskinder zu leisten.

Die SPD forderte im Ausschuss weitgehend die Öffnung der Anlaufstelle für Menschen, die ähnlich traumatische Erfahrungen in anderen staatlichen Einrichtungen gemacht haben. CSU und Freie Wähler wollten hier leider nicht zustimmen. Wir fordern die Parteien auf, bei diesem ernstesten Thema mit der SPD an einem Strang zu ziehen. Alles andere geht auf Kosten traumatisierter Menschen.

Trauerflor für alle im Dienst getöteten Polizist*innen!?

Eine Anfrage zum Plenum von mir hat ergeben, dass Polizist*innen das Anbringen von Trauerflor an Polizeifahrzeugen nur in sehr speziellen Fällen gestattet ist. Erlaubt ist das Anbringen nur bei der Tötung aktiv im Dienst befindlicher Polizist*innen durch Rechtsbrecher und in besonderen Einzelfällen. Stirbt ein*e Polizist*in jedoch bei einem Verkehrsunfall, verursacht durch einen unachtsamen*n Verkehrsteilnehmer*in, ist das Anbringen von Trauerflor offiziell untersagt.

Diese Regel ist weder in einem Gesetz noch in einer Rechtsverordnung niedergeschrieben. Es liegt also allein im Ermessen der CSU-geführten Verwaltung Polizistinnen die offizielle Trauer beim Tod eines*r Kolleg*in zu gestatten. Ich fordere, dass diese Praxis schnellstmöglich geändert wird und unseren Polizist*innen eine wertschätzende offizielle Trauer beim Tod eines*r Polizist*in im Einsatz für Bayern erlaubt wird.

JUSOS IN DEN LANDTAG!

Wir Jusos prägen die inhaltliche Ausrichtung unserer Partei entscheidend mit, organisieren Wahlkämpfe und Veranstaltungen, wir betreiben politische Bildungsarbeit – das alles und vieles mehr machen wir sehr gerne!

Wir haben aber auch junge, talentierte und kompetente Persönlichkeiten in unseren Reihen, die Verantwortung übernehmen wollen. Heute stellen sich zwei davon vor. Beide wollen in den bayerischen Landtag, haben Lust auf Wahlkampf und würden sich über eure Unterstützung sehr freuen!



Mein Name ist Sandra Manthey, ich bin 28 Jahre alt und in meiner Freizeit treibe ich viel Sport, da ich auch gerne viel koche und esse. Meine Ziele für das nächste Jahr sind jedoch nicht, im Brazilian Jiu-Jitsu eine höhere Gurtfarbe zu erkämpfen oder endlich erfolgreich Macarons zu backen, sondern ich möchte den Wahlkreis Nürnberg Ost, in welchem ich zu Hause bin, im bayerischen Landtag vertreten.

Hier möchte ich das große Thema Nachhaltigkeit vorantreiben, bei welchem mir Bayern bundesweit ein ständiger Bremser zu sein scheint. Ich jedoch möchte unsere Zukunft aktiv und positiv gestalten. Dabei werde ich mich nicht nur auf den ökologischen Aspekt der Nachhaltigkeit – also die Umwelt – fokussieren, sondern vor allem auch auf die sozialen und ökonomischen Aspekte, welche leider allzu oft vernachlässigt werden. Im sozialen Bereich stellt sich beispielsweise die Frage, wie Kinder finanziell schwächer Familien besser in die Gesellschaft integriert werden können, indem sie an sportlichen und kulturellen Veranstaltungen teilnehmen können. Dasselbe gilt für Rentner*innen, welche sich vereinsamt fühlen. Die ökonomische Säule handelt hauptsächlich vom unsäglichen Thema Geld. Aber auch diesen Bereich kann man

proaktiv gestalten: Für Energiethematiken gibt es z.B. ein Meer an Fördermöglichkeiten; für soziale Ideen und Innovationen sucht man diese in Bayern vergeblich.

Durch meinen schulischen und beruflichen Werdegang bin ich in allen drei Säulen der Nachhaltigkeit ausgebildet und deshalb in der Position, interdisziplinäre Lösungen für unsere Probleme vor Ort zu finden: Meinen Bachelor habe ich im dualen Studium bei der Commerzbank im Fach BWL absolviert und in meinem Master habe ich mich auf das Management von sozialen, kulturellen und kreativen Unternehmungen spezialisiert. Zudem arbeite ich seit über zwei Jahren als Unternehmensberaterin in der Energiewirtschaft und damit an der Energiewende.

Ausgestattet mit diesem Hintergrund möchte ich im Wahlkampf ins Gespräch mit den Nürnberger*innen kommen, um die spezifischen Probleme der einzelnen sozialen Schichten im Wahlkreis Ost zu identifizieren und diese anschließend zum einen für sich und zum anderen im Gesamtkontext zu begutachten. Gerne möchte ich daraufhin zu Diskussionen einladen, um potenzielle Lösungen zu erörtern, sodass diese möglichst vielen Gruppen dienen. Als Juso werde ich selbstverständlich stets die Einbindung meiner und jüngerer Generationen im Blick haben und die Probleme und Lösungen vom Standpunkt unserer Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Internationalismus untersuchen. Ich würde mich freuen, ab dem kommenden Jahr für eine geeinte und lebenswerte Zukunft in Nürnberg zu kämpfen – und nicht nur im Jiu-Jitsu gegen meinen Ehemann auf der Sportmatte.



Mein Name ist Daniel Klug, 33 Jahre alt und ich möchte für den Wahlkreis Nürnberg-Süd und Schwabach als Kandidat für die SPD Nürnberg

und die Jusos Nürnberg zur Landtagswahl antreten. Gemeinsam mit allen Genoss*innen und den verschiedenen Arbeitskreisen in der SPD ist es mein Ziel eine zukunftsorientierte, sozial-gerechte Politik zu gestalten und gestrigte Routinen zu verändern.

Als Mittelschullehrer ist Bildung mein persönliches Herzenthema. Mein Schwerpunkt liegt damit eindeutig auf der Landesebene. Die Bildung ist unser wichtigstes Gut, dementsprechend muss nun endlich auch gehandelt werden. Leider wird dieser Bereich jedoch seit Jahrzehnten vernachlässigt, da keine direkten finanziellen Gewinne daraus abzuleiten sind. Es ist an der Zeit, diese Versäumnisse aufzuarbeiten und für die Schüler*innen, Studierende und Auszubildende, Kinder, Jugendliche, aber auch allen anderen Menschen eine Möglichkeit zur Bildungsgerechtigkeit zu bieten. Und zwar zeitgemäß und sozial gerecht, was nicht nur eine umfangreiche Inklusion voraussetzt, sondern auch die tatsächliche Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit für Alle – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sonstigen Faktoren. Aber auch die Erwachsenenbildung, Weiterbildungen und berufliche Fortbildungen müssen gefördert und ermöglicht werden, so dass bis ins hohe Alter alle Wege offenstehen und ein sozialverträglicher Wandel in eine bessere Zukunft möglich ist.

In einer Arbeiterfamilie aus dem ländlichen Raum groß geworden und als erster Akademiker der Familie weiß ich aus eigener Erfahrung, welche strukturellen Probleme in den verschiedensten Bereichen unseres Bildungssystem vorherrschen. Auch während meiner Ausbildung und Arbeit als Koch konnte ich dies beobachten, durfte allerdings als Ausbildungsbetreuer versuchen, im Kleinen dem System gegenüberzutreten. Diese Mentalität des gemeinsamen Anpackens und die Bereitschaft sich auch mal „die Hände schmutzig zu machen“ sind mein Motivator gemeinsam mit Euch allen die Zukunft zu gestalten. Nur in einem regen Austausch können die Perspektiven von Vielen berücksichtigt werden.

Für den Wahlkampf gilt für mich: „Gemeinsam kommt man weiter!“ Deshalb freue ich mich auf einen starken Wahlkampf mit allen Kandidierenden unserer Nürnberger SPD und vor allem unserer Juso-Kandidierenden. Die Jusos gelten in der Öffentlichkeit gerne als das Gewissen der SPD. Das ist richtig und wichtig. Deshalb durfte ich auch schon Teil der Themenwerkstatt Bildung sein und am Wahlkampfprogramm der Jusos Bayern für die kommende Landtagswahl mitarbeiten. Zukunftsweisend, zeitgemäß und zusammen mit Gleichgesinnten. Jetzt will ich dafür sorgen, dass die SPD auch auf ihr Gewissen hört.

UNUTMAYACAĞIZ

WIR WERDEN NICHT VERGESSEN

AUSSTELLUNG DER OPFER DES NSU IN DER ROTEN GALERIE

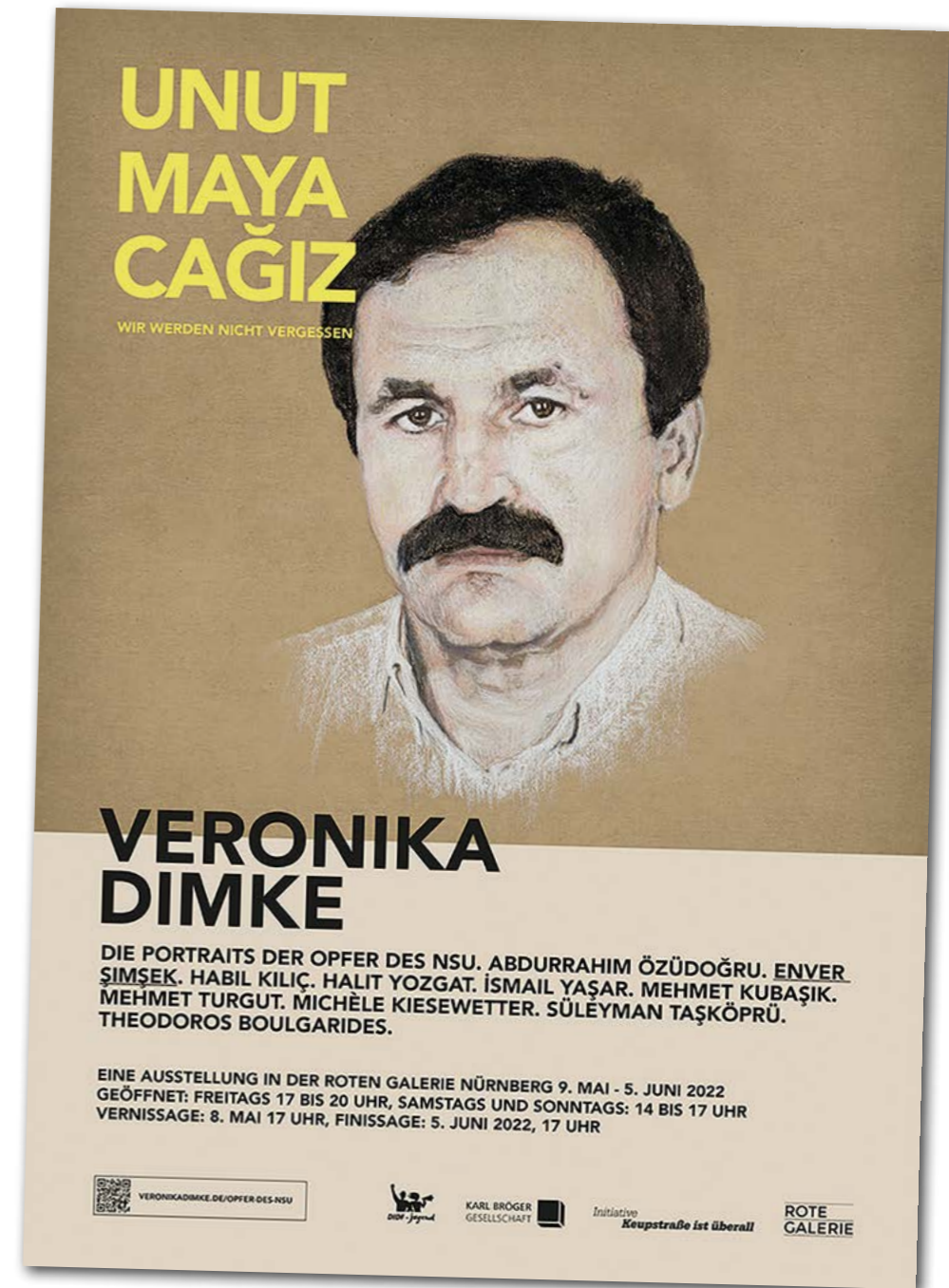
von MICHAEL ZIEGLER

Drei der zehn Opfer des NSU sind in Nürnberg ermordet worden. Sie wurden mitten aus dem Leben gerissen. Viel zu oft spricht man über die Täter*innen, zu selten über die Opfer. 2001 verübte das NSU-Trio einen Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße. Wie auch in anderen Städten gründeten sich Bündnisse, die sowohl Aufklärung forderten, aber auch den Fokus auf die Opfer richteten. Jahrelang ermittelten die Behörden ausschließlich gegen die zum Teil schwer Verletzten und Geschädigten der Bombe und machten aus Opfern Täter*innen. Medien und Öffentlichkeit griffen das Gerede von „kriminellen Ausländermilieus“ auf. Dies änderte sich erst 2011 mit der „Selbstenttarnung“ des NSU. Das erinnert an unsere Erfahrungen in Nürnberg, bei denen es nicht anders und von „Döner-Morden“ die Rede war.

In Köln gründete sich 2013 die Initiative „Keupstraße ist überall“. Auch die Künstlerin Veronika Dimke schloss sich diesem Bündnis an. Hier entstand die Idee, die Ermordeten würdig darzustellen, als Menschen mitten im Leben.

„Die Kunstwerke von Veronika Dimke sind so unglaublich lebendig. Sie bringen uns die zehn Menschen hinter den Schlagzeilen näher. Wir wollten Veronika Dimkes Werk als wir davon hörten, sofort in der Roten Galerie ausstellen. Die Gemälde werden tatsächlich nur dieses eine Mal zu sehen sein und dann am Ende der Ausstellung den Angehörigen geschenkt. Zwar sind die Bilder von Veronika überall in den Medien präsent. Doch ist die Künstlerin fast unbekannt. Die Leiterin des Nürnberger Menschenrechts-Filmfestival, Andrea Kuhn, hat uns Veronika bereits im letzten Jahr vorgestellt. Und Veronika war sofort von der Roten Galerie begeistert. Es ist quasi Kunst im öffentlichen Raum. Durch die vier großen Schaufenster sind die Bilder unübersehbar und laden zur Auseinandersetzung ein“ so Michael Ziegler, Vorsitzender der Karl-Bröger-Gesellschaft.

Und Veronika Dimke sagt zu ihren Bildern: „Brutal aus dem Leben gerissene Menschen zu porträtieren anhand von privaten Fotos und ohne engen Kontakt zu den Familien. Diese Aufgabe ist für mich zu etwas ganz Großen geworden und lässt mich seit zwei Jahren nicht mehr los. Ich habe zirka 500 Stunden an



diesen Bildern gegessen, oft haben mich die schlimmen Schicksale und der Mut der Familien nicht zur Ruhe kommen lassen. Die Ruhe, die es zum Porträtieren braucht.

Nie hätte ich gedacht, dass diese Arbeit so lange und intensiv ist. Ich wollte das pralle Leben darstellen, die Schönheit und Wärme und eine schöne Erinnerung an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiese Wetter.“

Die Vernissage am Sonntag, 8. Mai 2022 wird um 17 Uhr stattfinden. Auch Familienangehörige der Opfer werden dabei sein. Ebenso bei der Finissage am 5. Juni um 17 Uhr, bei der die Bilder an Familienangehörige übergeben werden. Wir sammeln übrigens für diese Ausstellung, denn von der Erstellung der Bilder bis hin zur Unterbringung der Angehörigen brauchen wir einige Mittel. Deshalb freuen wir uns über eure Hilfe. Unter dem Betreff „Opfer des NSU“ könnt ihr hier spenden:

IBAN DE61 7605 0101 0001 2564 44



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



NEUE VERSANDMODALITÄTEN FÜR DEN SPRINGENDEN PUNKT

Der springende Punkt ist ein wichtiges Informationsmedium, um Neuigkeiten aus der SPD Nürnberg zu kommunizieren. Auch wichtige Terminhinweise und Einladungen werden hier veröffentlicht. Deshalb erhält auch weiterhin jedes Mitglied der SPD Nürnberg monatlich den Springenden Punkt.

In den letzten Monaten haben immer mehr Genoss*innen angefragt, ob es die Möglichkeit gäbe, den dsp nur noch digital zu erhalten. Da es auch in unserem Interesse ist Ressourcen einzusparen, möchten wir euch in Zukunft die Wahl überlassen, wie ihr den Springenden Punkt erhalten möchtet:

- > Das Wichtigste vorweg: **Jedes Mitglied der SPD Nürnberg wird auch zukünftig den dsp digital oder als Printexemplar erhalten!**
- > Alle Mitglieder mit Mailadresse erhalten zukünftig den dsp, unabhängig vom Postversand, auch per Mail.
- > Ehepaare / Zusammenwohnende bekommen zukünftig ein gemeinsames Druckexemplar. Auf Wunsch ist es möglich, weiterhin zwei Druckexemplare zu erhalten. Bitte meldet diesen Wunsch an die untenstehende Mailadresse.
- > Freiwilliges Abbestellen des Printexemplars ist allen Mitgliedern möglich, solange eine E-Mailadresse hinterlegt ist. Mitglieder, die keine Mailadresse hinterlegt haben, bekommen den dsp in gedruckter Form. Das Gleiche gilt für die Empfänger*innen, die nicht SPD-Mitglied sind.
- > Mitglieder im Ausland oder außerhalb von Nürnberg erhalten den dsp ausschließlich per Mail, außer Print wird ausdrücklich gewünscht.

Ab Juni wird die Umstellung erfolgen. Rückmeldungen bitte an: dsp@spd-nuernberg.de

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / MAI 2022

10.05.2022 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Abgeordneten Büro Gabriela Heinrich
Karl-Bröger-Zentrum,
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg
Termine unter: 0911 43896-0 oder per
E-Mail: nuernberg@spd.de

11.05.2022 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen

Restaurant Hammerschmiede
Laufamholzstraße 300

18.05.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl: Mitgliederversammlung

Genauere Infos:

anil.altun@spd-gibitzenhof-steinbuehl.de

18.05.2022 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:

**Mitgliederversammlung mit Volker
Wolfrum, Leiter Sozialamt**
Wirtshaus Galvani,
Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

24.05.2022 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Abgeordneten Büro Gabriela Heinrich
Karl-Bröger-Zentrum,
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg
Termine unter: 0911 43896-0 oder per
E-Mail: nuernberg@spd.de

25.05.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gartenstadt:

Mitgliederversammlung
Gesellschaftshaus Gartenstadt

06.06.2022 – 16:00 Uhr

**SPD Nordostbahnhof:
Frühjahrsputz im Stadtteil**
Leipzigerplatz,
90491 Nürnberg

**Bitte beachte, dass es aufgrund der
pandemischen Situation zu terminli-
chen Abweichungen kommen kann.
Bitte informiere dich rechtzeitig bei
deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder
im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin
stattfindet.**

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

seit über zwei Monaten läuft der schreckliche russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Viele Menschen sind aufgrund des entstandenen Leids auf der Flucht und kommen auch bei uns in Nürnberg an. Die Hilfsbereitschaft und das Engagement vieler Nürnbergerinnen und Nürnberger, aber auch von Initiativen/Vereinen und der Stadtverwaltung ist besonders - dafür möchten wir allen Beteiligten ausdrücklich danken. Nur gemeinsam können wir solche Herausforderungen meistern.

Die Auswirkungen des Krieges, aber auch der Corona-Pandemie spüren viele Menschen auch hier bei uns. Die finanziellen Folgen der gesamten Lage haben dabei auch massive Konsequenzen für den Nürnberger Stadthaushalt. Hier wollen wir als Sozialdemokraten weiter auf den wichtigen sozialen Ausgleich achten, mit unseren politischen Schwerpunkten den richtigen Kurs der Stadt halten und gleichzeitig Verantwortung für die Stadt übernehmen.

Die politische Arbeit treiben wir deshalb im Sinne der Menschen in Nürnberg weiter voran. Über einige unserer Initiativen informieren wir Sie in dieser Depesche.

Viel Spaß beim Lesen.

Ihre

Claudia Arabackyj
stv. Fraktionsvorsitzende

Verbesserungen im ÖPNV: Attraktivitätssteigerung bei VAG-Zeitkarten



Die Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel ist und bleibt eine der politischen Prioritäten unserer Rathausarbeit. Neben dem Bau neuer Schienenverbindungen und Linien setzen wir auf Taktverdichtungen und Angebotsverbesserungen. Gerade die Vorhaben, die über die eigene Stadtgrenze hinausgehen und Pendler*innen zum Umsteigen bewegen, sind von zentraler Bedeutung, um den PKW-Verkehr nachhaltig zu reduzieren. Dazu zählt beispielsweise die Stadt-Umland-Bahn über Erlangen nach Herzogenaurach.

Die Ausgaben und Investitionen von Stadt und VAG befinden sich auf einem Rekordstand und sollen auf diesem Niveau weitergeführt werden. Auch entsprechende Verbesserungen bei den Tarifen werden seit vielen Jahren diskutiert und angegangen. Exemplarisch sind hier die Einführung des Semesterti-

ckets als auch des 365-Euro-Jahrestickets für Schüler*innen und Auszubildende sowie das vergünstigte Sozialticket für 15 Euro/Monat zu erwähnen. Der geplante eTarif wird darüber hinaus viele neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und helfen, die unattraktiven Sprungkosten beim Überqueren der derzeitigen VGN-Tarifgrenzen zu reduzieren.

Ziel des Stadtrates war, unter Einbeziehung der Nachbarstädte und -landkreise sowie unter finanzieller Beteiligung des Freistaates Bayern ein 365-Euro-Ticket für jedermann einzuführen. Stand der Dinge wird es allerdings keine Zuschüsse und folglich auch keine politische Unterstützung im Umland geben. Externe Gutachter haben aufgezeigt, dass eine Nürnberger „Insellösung“ sehr hohe Kosten, aber überschaubare Fahrgastzuwächse mit sich brächte. >>

Die SPD trägt deshalb als Teil der Rathauskooperation und aufgrund der extrem angespannten städtischen Haushaltslage schweren Herzens die Verschiebung des 365-Euro-Jahrestickets mit. Unsere Bedingung ist jedoch, dass Stadt und VAG jetzt Alternativen vorlegen. Wir müssen die Fahrkartenpreise an entscheidenden Stellen senken und ein tarifliches Maßnahmenbündel schnüren, dessen Nutzen-Kosten-Verhältnis spürbar höher ist und dessen Mehraufwendungen gegenfinanziert werden können. Und unser Ziel bleibt, Menschen vom Umstieg auf Busse und Bahnen zu überzeugen. Fürs Klima, die Lebensqualität und mehr Unabhängigkeit von Öl und Gas.

Aus diesem Grund hat die Rathauskooperation bei der Stadtverwaltung beantragt, dass VAG und Verwaltung (ggf. mit gutachterlicher Unterstützung) ein kostengünstiges Maßnahmenbündel zur Attraktivitätssteigerung und Rabattierungen im Ticketsortiment für das Stadtgebiet Nürnberg erarbeiten. Diese Maßnahmen sollen in der derzeitigen Haushaltssituation auch leistbar sein. Zudem soll eine Gegenfinanzierung überwiegend über Mehreinnahmen bei Parkraumbewirtschaftung, Bewohnerparkausweisen, kommunaler Verkehrsüberwachung und bewirtschafteten Quartiersparkhäusern erfolgen. Hierzu soll die Verwaltung zeitgleich entsprechende Vorschläge darlegen. Wir wollen, dass die zugehörige Beschlussfassung sehr schnell und noch vor der Sommerpause stattfinden kann.

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
Dr. Nasser Ahmed;
spd@stadt.nuernberg.de



Vorkaufsrechte sichern: Gemeinwohlbelange durchsetzen



In einer Stadt mit anhaltendem Bevölkerungswachstum wie Nürnberg gehört es aus Sicht der SPD-Fraktion zu den strategischen Interessen der öffentlichen Hand, über Flächenankäufe Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen. Ein wichtiges Instrument ist dabei das Vorkaufsrecht, das über unterschiedliche Rechtsgrundlagen ausgeübt werden kann oder in Abwendungsvereinbarungen mündet, welche die Umsetzung und Integration von Gemeinwohlaspekten in Vorhaben vorschreiben. Dazu zählen beispielsweise Quoten für den geförderten Wohnungsbau, die Grünausstattung oder die Mitfinanzierung von Infrastruktur.

Das Bundesverwaltungsgericht hat im vergangenen Jahr aufgrund der Klage einer Immobiliengesellschaft in Berlin leider Teile der bisher geltenden kommunalen Praxis zur Ausübung des Vorkaufsrechtes für rechtswidrig erklärt. Eine gesetzgeberische Neuregelung durch den Bund und die Länder steht noch aus und scheitert bis heute am Widerstand einzelner Parteien. Hier besteht dringend Handlungsbedarf,

um Rechts- aber vor allem kommunale Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Stadtratsfraktion bei der Stadtverwaltung einen Antrag eingereicht. Darin fordert sie von der Stadtverwaltung ausführliche Informationen zur derzeitigen Rechtslage und zu den unterschiedlichen Möglichkeiten zur Ausübung von Vorkaufsrechten. Zudem soll sich die Stadt Nürnberg über die Städtetagsgremien dafür stark machen, dass eine novellierte Gesetzgebung das bisherige Instrumentarium für die Kommunen wieder vollumfänglich nutzbar macht. Außerdem soll zum weiteren Verfahren eine Darstellung über das städtische Vorgehen und die Stadtratseinbindung bei der (Nicht-) Ausübung von Vorkaufsrechten vorgelegt werden.

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



Technische Universität im Grünen

Auf einer 37 ha großen Fläche östlich der Bruncker Straße wird die Technische Hochschule Nürnberg (TUN) entstehen. Hierfür wurden im gemeinsamen Umwelt- und Stadtplanungsausschuss im April 2022 die städtebaulichen, landschaftsplanerischen und verkehrlichen Leitideen vorgelegt. Die SPD-Fraktion begrüßt die entsprechenden Planungen.

Das Areal der Universität wird als Teil des neuen Nürnberger Stadtteils Lichtenreuth entwickelt. Im räumlichen Leitbild soll der Universitätsbereich gut mit dem angrenzenden Stadtteil vernetzt werden. Die Pläne sehen dabei einen urbanen, weitestgehend autofreien und lebendigen Campus vor: Ein wirklich gutes Zielbild für eine zukunftsge-

wandte Uni und für die stadtplanerische Entwicklung vor Ort. Zudem kann man festhalten: Die Technische Universität wird eine Uni im Grünen. Es wurde darauf Wert gelegt, dass sich die TUN-Bereiche auch umweltplanerisch gut in die Landschaft einbetten. Das ist ein Gewinn für den gesamten neuen Stadtteil Lichtenreuth.

Dadurch grenzt der zentrale Grünzug des Universitätsgeländes zukünftig an die größte neue Parkfläche Nürnbergs. Die Rathaus-SPD hat bereits 2021 vorgeschlagen, dass dieser Stadtteilpark zeitgemäße Maßstäbe in Sachen Biodiversität, Wasserspeicherung und Pflanzenauswahl setzen sollte und zudem für die Gestaltung noch geeignete Be-

teiligungsformate zur Ideenfindung aus der Bürgerschaft umgesetzt werden müssen.

Grundsätzlich sind die Planungen ein gutes Signal für die umweltpolitische Außenwirkung und das Image einer Zukunftsuniversität, wie die Technische Universität eine werden soll. Wichtig ist nun, dass in der anstehenden Konkretisierung und Umsetzung weiter alles für den Erhalt der Bereiche getan wird. Dann kann die gesamte Areal-Entwicklung ein Vorbild auch für andere Bauvorhaben werden.

Weitere Informationen:
Gerhard Groh;
Christine Kayser;
spd@stadt.nuernberg.de

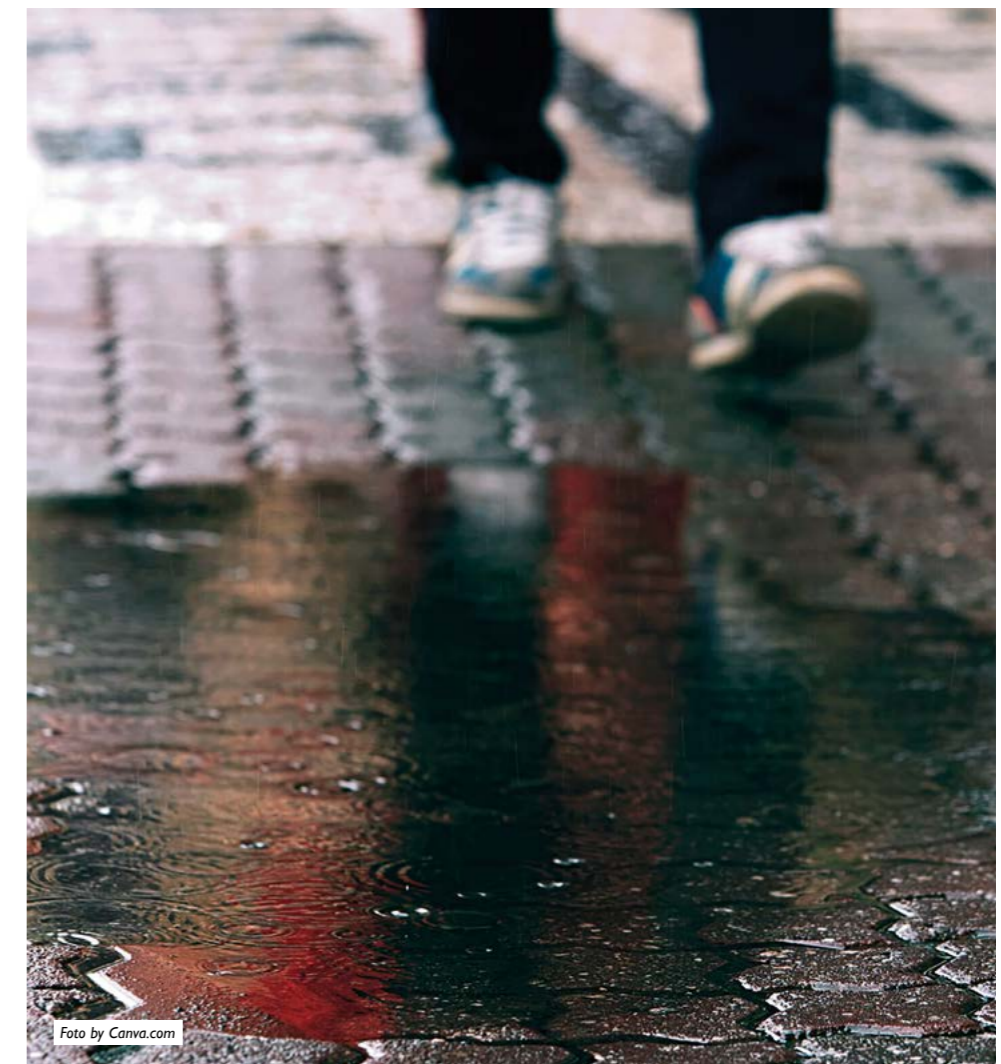


Regenwassermanagement im öffentlichen Raum als Baustein zur Schwammstadt

Der Klimawandel bringt immer öfter Extremwetterereignisse und hohe Niederschlagsmengen mit sich. Die Kanalisation kann entsprechend umfangreiche Regenmengen durch die Vielzahl an versiegelten Flächen in der Stadt auf öffentlichen Plätzen und Wegen oftmals nicht mehr aufnehmen. Auch jenseits von Katastrophenszenarien muss in Nürnberg deshalb Wasser zurückgehalten oder anders genutzt werden.

Die Idee ist, dass die Stadt wie ein Schwamm Regenwasser aufnehmen und wieder abgeben kann. Deshalb ist es besser, direkt vor Ort mit Regenwasser durch Verdunstung, Versickerung, Speicherung etc. die notwendigen Klimaanpassungen herzustellen. Viele Alternativen und Systeme sind in diesem Bereich bereits entwickelt und erprobt worden. So kann bspw. mit sogenannten Baumrigolen Regenwasser direkt am Baum gesammelt werden, in Grünflächen kann das Wasser so geleitet werden, dass Pflanzen lange etwas davon haben.

Im Zuge der städtischen Klimaanpassungsstrategie wurden bereits erste Maßnahmen für das Handlungsfeld Wasser/Niederschläge auf den Weg gebracht. Es besteht jedoch weiterhin Handlungsbedarf, zusätzliche Schritte für Nürnberg als „Schwammstadt“ einzuleiten und als gängige Verwaltungspraxis zu verstetigen. Im Bereich von Umbauten und Sanierungen im Bestand, bei unseren Plätzen und Wegen, also bei Projekten im öffentlichen Raum, ist deshalb zukünftig die Möglichkeit einer Versickerung des anfallenden Regenabwassers zu prüfen und/oder weitere entsprechende Maßnahmen im Sinne einer „Schwammstadt“ um-



zusetzen und einzurechnen. Aus diesem Grund hat sich die SPD-Fraktion an einem umfangreichen fraktionsübergreifenden Antrag zum Thema beteiligt, der bei der Stadtverwaltung eingereicht wurde.

Weitere Informationen:
Christine Kayser;
spd@stadt.nuernberg.de



Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg
Verantwortlich:
Thorsten Brehm
Redaktion:
Michael Arnold, Thorsten Brehm
Grafische Gestaltung:
Michael Graf
E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de
Tel: 0911 - 2312906
Fax: 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

SÖR macht Nürnberg mit Blumen farbenfroh und frühlingsfit

Der Servicebetrieb Öffentlicher Raum Nürnberg (SÖR) hat in den vergangenen drei Jahren auf mehr als 6.000 Quadratmetern Fläche rund 1,2 Millionen Blumenzwiebeln gepflanzt. Entsprechend sprießen derzeit in den Grünanlagen und im Straßenbegleitgrün die blumigen Frühlingsboten aus der Erde. Unser Bürgermeister Christian Vogel ist erster SÖR-Werkleiter und freut sich über Krokus, Schneeglöckchen und Blaustern, die bei den Nürnbergerinnen und Nürnbergern die Vorfreude auf die wärmere Zeit des Jahres weiter ansteigen lassen. Mit über einer Million verpflanzter Blumenzwiebeln leistet SÖR einen sichtbaren Beitrag für mehr Grün und in diesem Fall sogar für mehr Farbe im öffentlichen Raum.



SPLITTER

AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

NEUES PARK & RIDE PARKHAUS RÖTHENBACH

Der Abriss des alten Parkhauses in der Ansbacher Straße aufgrund von altersbedingten Schäden ist vollzogen und der Neubau bereits beschlossen. Der Ersatzneubau des Parkhauses in Röthenbach ist ein wichtiger Beitrag zur Steuerung von Pendlern in unserer Stadt. Die SPD-Fraktion hatte sich dabei auch für eine geschlossene und begrünte Fassade zum Lärm- und Emissionsschutz eingesetzt. Es ist eine gute Nachricht für die Anwohner, dass dies in den Entwürfen nun komplett umgesetzt wird. Zudem entstehen Photovoltaikanlagen und E-Ladestationen für Autos. Im neuen Parkhaus werden mind. 600 PKW- und 100-200 Fahrradstellplätze zur Verfügung stehen. Die Baumaßnahmen sollen aus Sicht der Rathaus-SPD nun rasch umgesetzt werden.

MÄDCHENSPORT FÖRDERN – ERMÖGLICHUNGSRÄUME SICHERN

Mädchen haben es im Ligabetrieb von männlich geprägten Sportvereinen immer noch schwer. Wenn bei 25 Jungenmannschaften eine Mädchenmannschaft angeboten wird, erhalten diese oftmals nur unterdurchschnittliche Aufmerksamkeit und Förderung. Immer öfter gibt es deshalb Aus- oder Eigengründungen von Mädchenmannschaften. Die Rathaus-SPD fordert gemeinsam mit anderen Fraktionen, dass es dafür bessere Unterstützung gibt: Die Stadt soll Mädchenvereinen zum Aufbau guter Strukturen und zur Attraktivitätssteigerung den Erstzugriff auf gute, dem Altersspektrum angemessene Hallentrainingszeiten ermög-

lichen. Zudem sollen die Gebühren für die Hallennutzung in der Kategorie eins angesiedelt werden. Des Weiteren wird der städtische Sportservice beauftragt, ein Konzept zur Förderung/Stärkung von Mädchensport in den Regelstrukturen der städtischen Sportlandschaften zu entwickeln.

EINFÜHRUNG EINER GESUNDHEITSKARTE FÜR GEFLÜCHTETE MENSCHEN

Aufgrund des schrecklichen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sind viele Menschen auch nach Nürnberg geflüchtet. Gerade im Zusammenhang mit einer schnellen und sicheren Gesundheitsversorgung der Schutzsuchenden musste man feststellen, dass das in Bayern geltende System der Krankenscheine weder die nötige Flexibilität noch schnelles Agieren der Behörden ermöglicht. „Gesundheitskarten“ für Geflüchtete ermöglichen direktes Abrechnen mit den Trägern der Sozialhilfe, ersetzen den Krankenschein und reduzieren den verbundenen Verwaltungsaufwand sowohl für die Behörden als auch für die geflüchteten Menschen erheblich. Die Rathaus-SPD fordert per Antrag deshalb, dass sich Nürnberg für eine Gesundheitskarte für Geflüchtete in Bayern einsetzt. Zudem soll die aktuelle Situation und der Zugang zu Gesundheitsversorgung diesbzgl. dargestellt werden.

BESUCHERZENTRUM UND UMFELD DES SAALS 600

Der Saal 600 mit dem Memorium Nürnberger Prozesse ist ein Ort der Weltgeschichte. Dafür braucht es ein angemessenes Entree sowie einen Ort, an dem sich Besucher aufhalten

und informieren können. 2020 hat die SPD-Fraktion zuletzt den Ausbau des Memoriums beantragt. Dabei geht es auch um eine Auf- und Umwertung des zugehörigen Vorplatzes, der nun neugestaltet werden kann, nachdem die Stadt das Gelände des ehemaligen „Pitstop“ erworben hat. 2021 wurde beschlossen vor Ort ein Besucherzentrum zu planen. 2022 startet nun der offene Ideen- und Realisierungswettbewerb. Das gesamte Areal wird zudem städtebaulich zusammengefasst. Der Antrag zur Aufnahme des Justizpalastes mit dem Saal 600 sowie dem historischen Zellengefängnis als UNESCO-Weltkulturerbe läuft noch. Das Besucherzentrum soll aus Sicht der SPD-Fraktion diesem Anspruch gerecht werden und die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Ortes nach außen in die Öffentlichkeit tragen.

MÖGLICHE FOLGEN DES DURCHBAUS DER WILHELM-HOEGNER-STRASSE

Fürth forciert laut Medienberichten einen Durchbau der Wilhelm-Hoegner-Straße als Ortsumgehung von Poppenreuth. Derzeit dient die Straße vor allem zur Erschließung der IKEA. Die neue Verbindung würde massiv zusätzlichen (Lkw-)Verkehr anziehen und wäre kontraproduktiv für die Verkehrswende. Als Einzelvorhaben hätte der Durchbau der Wilhelm-Hoegner-Straße zur Höfleser Straße zudem zur Folge, dass zusätzlicher Verkehr vor allem durch Höfles und Buch geführt werden würde. Schon heute ist das (Lkw-)Verkehrsaufkommen dort relativ hoch. Deshalb will die SPD-Fraktion, dass die Verwaltung die ablehnende Haltung der Stadt Nürnberg zum Projekt bekräftigt.